AMTSBLATT

für die Stadt Gronau (Westf.)

Jahrgang: 13	Datum: 13.11.2026	Ausgabe: 17/2026

Datum:	Inhalt:	Seite:
07.10.2026	Öffentliche Bekanntmachung über Widmungen von Straßen und Wege im Gebiet der Stadt Gronau	3
15.10.2026	Benachrichtigung über öffentliche Zustellung	7
15.10.2026	Benachrichtigung über öffentliche Zustellung	8
15.10.2026	Benachrichtigung über öffentliche Zustellung	9
15.10.2026	Benachrichtigung über öffentliche Zustellung	10
15.10.2026	Benachrichtigung über öffentliche Zustellung	11
19.10.2026	Öffentliche Bekanntmachung Ersatzbestimmung für ein Mitglied des Seniorenbeirates der Stadt Gronau (Westf.)	12
23.10.2026	Öffentliche Bekanntmachung gemäß dem Baugesetzbuch (BauGB), in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23. Juli 2026 (BGBl. 2026 I S. 226) 118. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Gronau für den Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Neubau eines Lebensmittelmarktes an der Gronauer Straße“, Stadtteil Epe Ortsübliche Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde (Bezirksregierung Münster)	13

23.10.2026	Öffentliche Bekanntmachung gemäß dem Baugesetzbuch (BauGB), in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23. Juli 2026 (BGBl. 2026 I S. 226) Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Neubau eines Lebensmittelmarktes an der Gronauer Straße“, Stadtteil Epe Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gemäß § 10 BauGB	16
05.11.2026	Öffentliche Bekanntmachung 2. Änderungssatzung vom 05.11.2026 zur Satzung für das Jugendamt der Stadt Gronau (Westf.) vom 01.09.2025	18
05.11.2026	Öffentliche Bekanntmachung 7. Änderungssatzung vom 05.11.2026 zur Satzung der Stadt Gronau (Westf.) über die Heranziehung zu den Kosten der Tagespflege (Tagespflegebeitragssatzung) vom 02.07.2008	19
05.11.2026	Öffentliche Bekanntmachung 8. Änderungssatzung vom 05.11.2026 zur Satzung der Stadt Gronau (Westf.) über die Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen (Elternbeitragssatzung) vom 15.01.2008	24
06.11.2026	Benachrichtigung über öffentliche Zustellung	30
06.11.2026	Benachrichtigung über öffentliche Zustellung	31
06.11.2026	Benachrichtigung über öffentliche Zustellung	32
10.11.2026	Öffentliche Bekanntmachung Fundsachen Online – Versteigerung ab dem 18.12.2026	33
10.11.2026	Öffentliche Bekanntmachung der Tagesordnung zur 13. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Rates der Stadt Gronau (Westf.) am Mittwoch, 18.11.2026, 18:00 Uhr, Ratssaal, 1. OG, Wirtschaftszentrum Gronau, Fabrikstraße 3, 48599 Gronau	34

Herausgeber:
Der Bürgermeister der Stadt Gronau (Westf.), Fachdienst Bürger- und Ratsservice, Fabrikstraße 3, 1. OG, 48599 Gronau (Westf.), Tel.: 02562/12-215, E-Mail: amtsblatt@gronau.de, Internet: www.gronau.de

Erscheinungsweise:
Nach Bedarf

Bezug:
Das Amtsblatt liegt zur kostenlosen Mitnahme bei der Stadt Gronau (Westf.), Rathausservice, Neustraße 31, 48599 Gronau (Westf.) sowie im Amtshaus Epe, Rathausservice, Agathastraße 39, 48599 Gronau (Westf.) aus.
Bei Fragen zum Bezug des Amtsblattes wenden Sie sich bitte an den Fachdienst Bürger- und Ratsservice, Fabrikstraße 3, 1. OG, 48599 Gronau (Westf.), Tel.: 02562/12-215, E-Mail: amtsblatt@gronau.de.
Um den kostenlosen Amtsblatt-Newsletter zu erhalten, mit dem Ihnen das Amtsblatt unaufgefordert digital per Mail zur Verfügung gestellt wird, senden Sie bitte eine entsprechende Anfrage an amtsblatt@gronau.de.
Das Amtsblatt kann außerdem kostenlos im Internet unter www.gronau.de („Amtsblatt“) abgerufen werden.

Öffentliche Bekanntmachung
über Widmungen von Straßen und Wege im Gebiet der Stadt Gronau

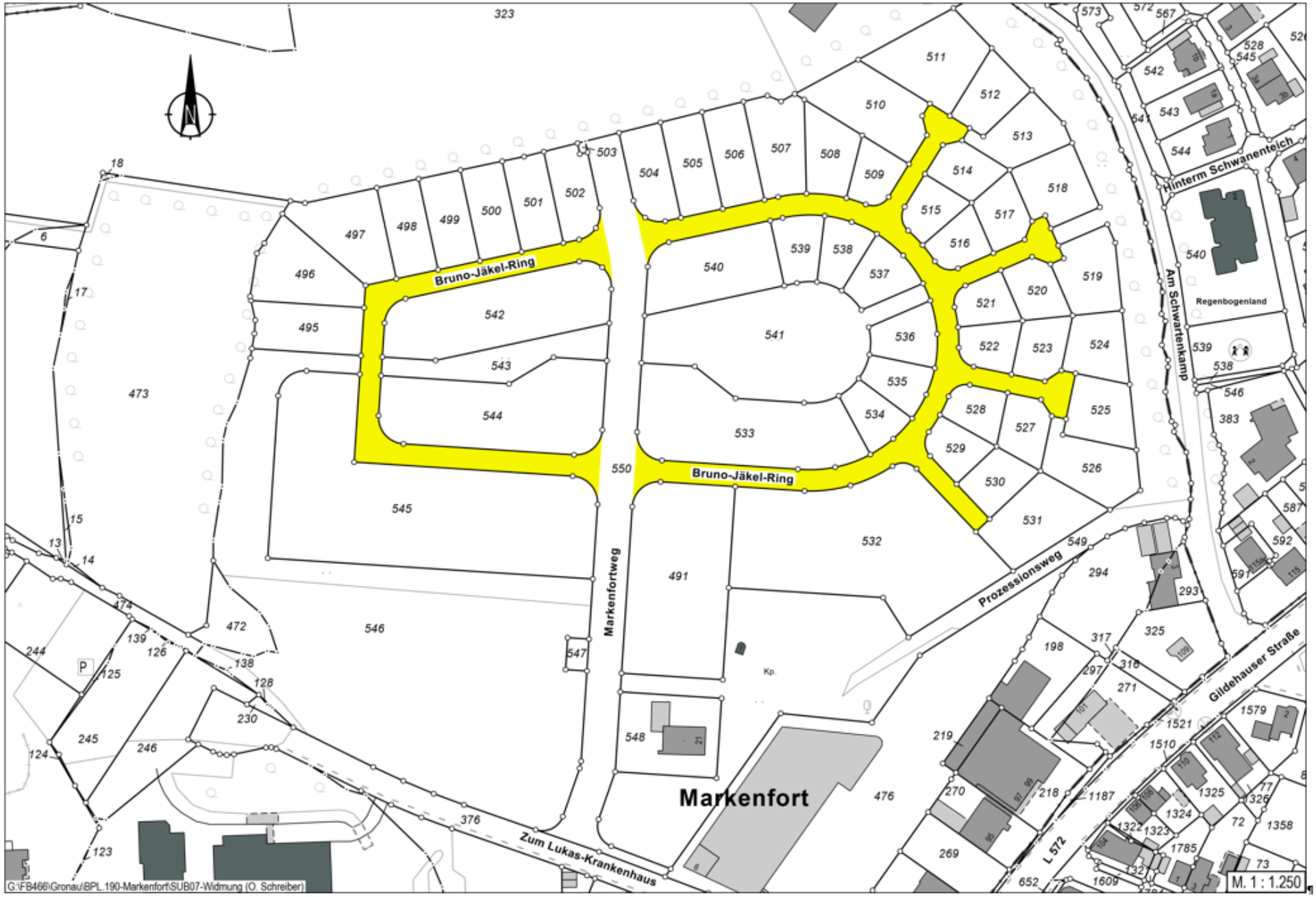
Der Rat der Stadt Gronau hat in einer Sitzung am 16.09.2026 die Widmung folgender Gemeindestraßen und –wege für den öffentlichen Verkehr gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV. NW. 1995 S. 1028) mit sofortiger Wirkung beschlossen.

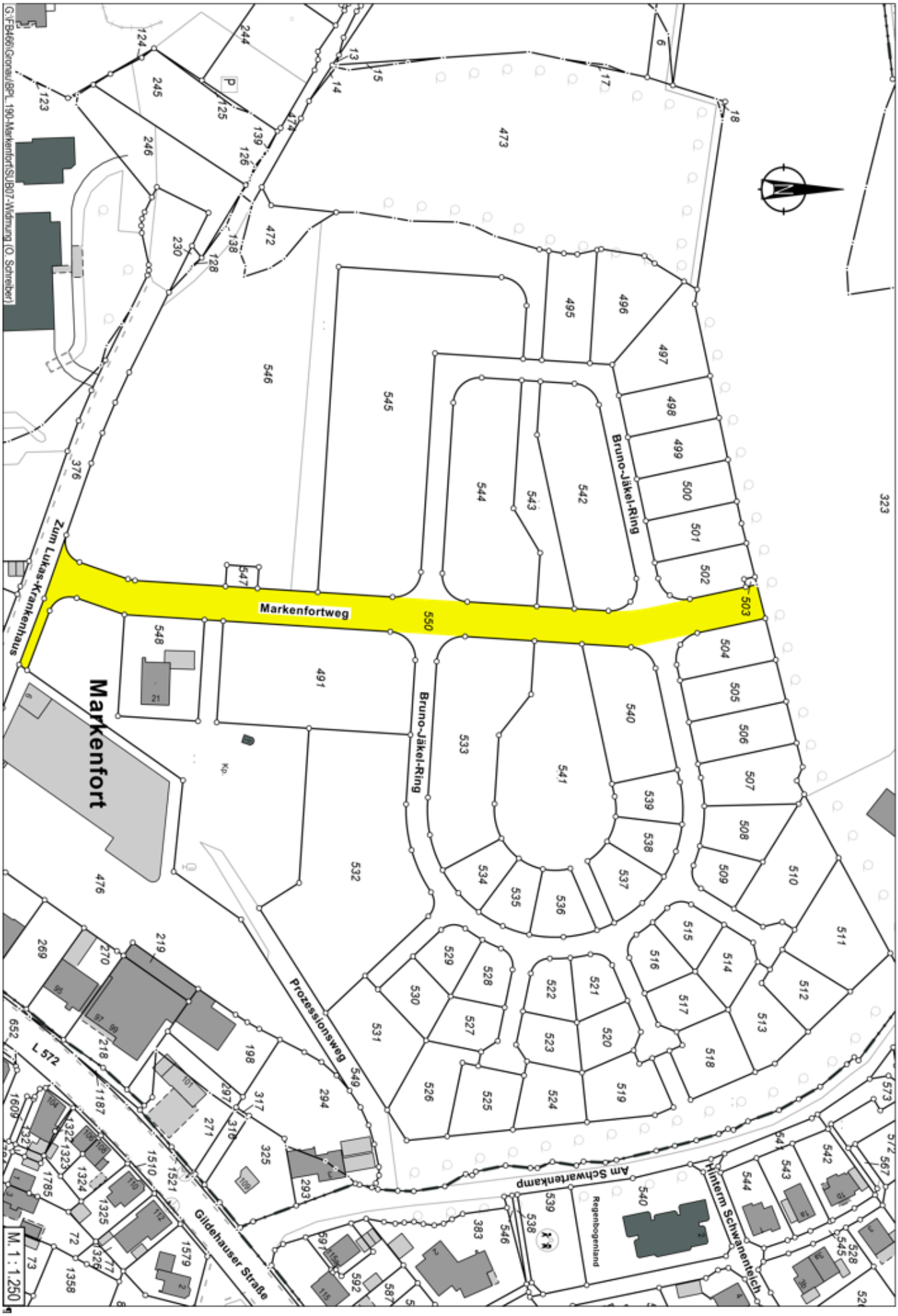
Die Widmungen werden nach § 6 Abs. 1 S. 2 StrWG NRW mit dieser öffentlichen Bekanntmachung wirksam.

Straßenname	**Gemarkung**	**Flur**	**Flurstücke**	**Einstufung**	**Beschränkung**
Bruno-Jäkel-Ring	Gronau	9	550 tlw.	Gemeindestraße	keine
Markenfortweg	Gronau	9	550 tlw.	Gemeindestraße	keine

Bei den genannten Verkehrsflächen handelt es sich um Gemeindestraßen, für die nach § 47 Abs. 1 StrWG NRW Träger der Straßenbaulast die Stadt Gronau ist. Der Gebrauch ist gemäß § 14 Abs. 1 StrWG NRW jedermann im Rahmen der Widmung und der verkehrsrechtlichen Vorschriften gestattet (Gemeingebrauch).

Lagepläne zu den Trassenführungen der gewidmeten Straßen sind als Anlage beigefügt.


Markenfort
Bruno-Jäkel-Ring
Bruno-Jäkel-Ring
Markenfortweg
Prozessionsweg
Zum Lukas-Krankenhaus
Gildehauser Straße
Am Schwartenkamp
Hinterm Schwanenteich
Regenbogenland
L 572
M. 1 : 1.250
G:\FB466\Gronau\BPL.190-Markenfort\SUB07-Widmung (O. Schreiber)


G:\FB466\Gronau\BPL 190-Markenfort\SUB07-Widmung (O. Schreiber)
Markenfortweg
Zum Lukas-Krankenhaus
Bruno-Jäkel-Ring
Bruno-Jäkel-Ring
Prozessionsweg
Am Schwartenkamp
Hinterm Schwanenteich
Gildehauser Straße
L 572
Markenfort
Regenbogenland
M. 1 : 1.250

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Widmung kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Münster, Piusallee 38, 48147 Münster, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Die Klage kann auch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Es muss für die Bearbeitung im Gericht geeignet sein. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronisches Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24. November 2017 (BGBI. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Wird die Klage durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt, eine Behörde oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse erhoben, muss sie nach § 55d Satz 1 VwGO als elektronisches Dokument übermittelt werden. Dies gilt nach § 55d Satz 2 VwGO auch für andere nach der VwGO vertretungsberechtigte Personen, denen ein sicherer Übermittlungsweg nach § 55a Absatz 4 Satz 1 VwGO zur Verfügung steht.

Ist eine Übermittlung als elektronisches Dokument aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt auch bei diesem Personenkreis nach § 55d Satz 1 und 2 VwGO die Klageerhebung mittels Schriftform oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle möglich. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderungen ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.

Hinweis:

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de

Stadt Gronau (Westf.), 07.10.2026

Der Bürgermeister
gez. Jörg von Borczyskowski

Benachrichtigung über öffentliche Zustellung

Herrn Mohanned Alwan, geb. 05.09.1976, Diezestraat 17, 7523SK Enschede, Niederlande, ist folgender Bescheid vom 19.08.2026, 355.1.23 LM Erstanschreiben UVG f. Alwan/ El Ketrani zuzustellen.

Der Aufenthalt des Betroffenen ist allgemein unbekannt. Deshalb wird der Bescheid öffentlich zugestellt.

Der Bescheid kann auf meiner Dienststelle in Gronau, Neustraße 31, Zentrale, von dem Betroffenen in Empfang genommen werden. Er gilt als zugestellt, wenn seit dem Tag dieser Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

Anschrift
Stadt Gronau
Der Bürgermeister
Jobcenter
Neustraße 31
48599 Gronau

Rechtsgrundlage:
§ 10 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 07. März 2006 (GV NRW S. 94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sofern der Bescheid eine Ladung zu einem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

48599 Gronau, 15.10.2026

gez. Jörg von Borczyskowski
Bürgermeister

Benachrichtigung über öffentliche Zustellung

Herrn Sezer Boztepe, geb. 20.09.1991, letzter bekannter Aufenthalt: Eichenhofstr. 30, 48599 Gronau, ist folgender Bescheid vom 08.10.2026, 355.1.23 Erstanschreiben UVG f. Boztepe zuzustellen.

Der Aufenthalt des Betroffenen ist allgemein unbekannt. Deshalb wird der Bescheid öffentlich zugestellt.

Der Bescheid kann auf meiner Dienststelle in Gronau, Neustraße 31, Zentrale, von dem Betroffenen in Empfang genommen werden. Er gilt als zugestellt, wenn seit dem Tag dieser Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

Anschrift
Stadt Gronau
Der Bürgermeister
Jobcenter
Neustraße 31
48599 Gronau

Rechtsgrundlage:
§ 10 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 07. März 2006 (GV NRW S. 94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sofern der Bescheid eine Ladung zu einem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

48599 Gronau, 15.10.2026

gez. Jörg von Borczyskowski
Bürgermeister

Benachrichtigung über öffentliche Zustellung

Herrn Krahwinkel, Daniel, geb. am 07.05.1992, zuletzt wohnhaft in Kloster 17, 48599 Gronau, ist ein Bescheid vom 26.08.2026, Aktenzeichen 05026.5.0688622, zuzustellen.

Der Aufenthalt des Betroffenen ist allgemein unbekannt. Deshalb wird der Bescheid öffentlich zugestellt.

Der Bescheid kann auf meiner Dienststelle in Gronau, Neustraße 31, Zentrale, von dem Betroffenen in Empfang genommen werden. Er gilt als zugestellt, wenn seit dem Tag dieser Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

Anschrift
Stadt Gronau
Der Bürgermeister
Jobcenter
Neustraße 31
48599 Gronau

Rechtsgrundlage:
§ 10 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 07. März 2006 (GV NRW S. 94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sofern der Bescheid eine Ladung zu einem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

48599 Gronau, 15.10.2026

gez. Jörg von Borczyskowski
Bürgermeister

Benachrichtigung über öffentliche Zustellung

Herrn Mario Niehoff, zuletzt wohnhaft in 48599 Gronau, Mühlenmathe 8, ist ein Schreiben vom 28.07.2026 (Erstanschreiben UVG), Aktenzeichen: 355.1.26, zuzustellen.

Der Aufenthalt des Betroffenen ist allgemein unbekannt. Deshalb wird der Bescheid öffentlich zugestellt.

Der Bescheid kann auf meiner Dienststelle in Gronau, Neustraße 31, Zentrale, von dem Betroffenen in Empfang genommen werden. Er gilt als zugestellt, wenn seit dem Tag dieser Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

Anschrift
Stadt Gronau
Der Bürgermeister
Jobcenter
Neustraße 31
48599 Gronau

Rechtsgrundlage:
§ 10 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 07. März 2006 (GV NRW S. 94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sofern der Bescheid eine Ladung zu einem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

48599 Gronau, 15.10.2026

gez. Jörg von Borczyskowski
Bürgermeister

Benachrichtigung über öffentliche Zustellung

Herrn Mahrdad Yousofzay, geb. 04.06.1983, zuletzt wohnhaft in 7323 JN Apeldoorn, Origenesstraat 5, ist das Erstanschreiben Unterhaltsvorschuss vom 29.09.2026 (AZ 355.1.25 SG Mitra und Arman Yousofzay/ KM Omar, Madinah), zuzustellen.

Der Aufenthalt des Betroffenen ist allgemein unbekannt. Deshalb wird der Bescheid öffentlich zugestellt.

Der Bescheid kann auf meiner Dienststelle in Gronau, Neustraße 31, Zentrale, von dem Betroffenen in Empfang genommen werden. Er gilt als zugestellt, wenn seit dem Tag dieser Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

Anschrift
Stadt Gronau
Der Bürgermeister
Jobcenter
Neustraße 31
48599 Gronau

Rechtsgrundlage:
§ 10 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 07. März 2006 (GV NRW S. 94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sofern der Bescheid eine Ladung zu einem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

48599 Gronau, 15.10.2026

gez. Jörg von Borczyskowski
Bürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung
Ersatzbestimmung für ein Mitglied des Seniorenbeirates der Stadt Gronau (Westf.)

Herr Helmut Brüffer, wohnhaft in 48599 Gronau (Westf.) hat seine Mitgliedschaft im Seniorenbeirat der Stadt Gronau (Westf.) mit Wirkung zum 01.11.2026 durch Rücktritt beendet. Herr Brüffer scheidet somit zum 01.11.2026 aus dem Seniorenbeirat der Stadt Gronau (Westf.) aus.

Die frei gewordene Stelle im Gremium wird im Nachrückverfahren durch den Wahlbewerber mit der nächsthöheren Stimmzahl,

Herrn Gerhard Lindebaum,
geb. 1959, wohnhaft in 48599 Gronau (Westf.), gerhard-lindebaum@t-online.de,

besetzt.

Herr Lindebaum hat die Wahl angenommen und erlangt zum 01.11.2026 die Mitgliedschaft im Seniorenbeirat.

In analoger Anwendung des § 39 Kommunalwahlgesetz (KWahlG) können gegen diese Feststellung jede/r Wahlberechtigte des Wahlgebiets binnen eines Monats nach erfolgter Bekanntgabe Einspruch erheben. Der Einspruch ist beim unterzeichnenden Wahlleiter der Stadt Gronau, Neustraße 31, 48599 Gronau, schriftlich einzureichen oder mündlich zur Niederschrift zu erklären.

48599 Gronau, den 19.10.2026
Der Wahlleiter der Stadt Gronau (Westf.)

gez. Jörg von Borczyskowski

Öffentliche Bekanntmachung

gemäß dem Baugesetzbuch (BauGB), in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23. Juli 2026 (BGBl. 2026 I S. 226)

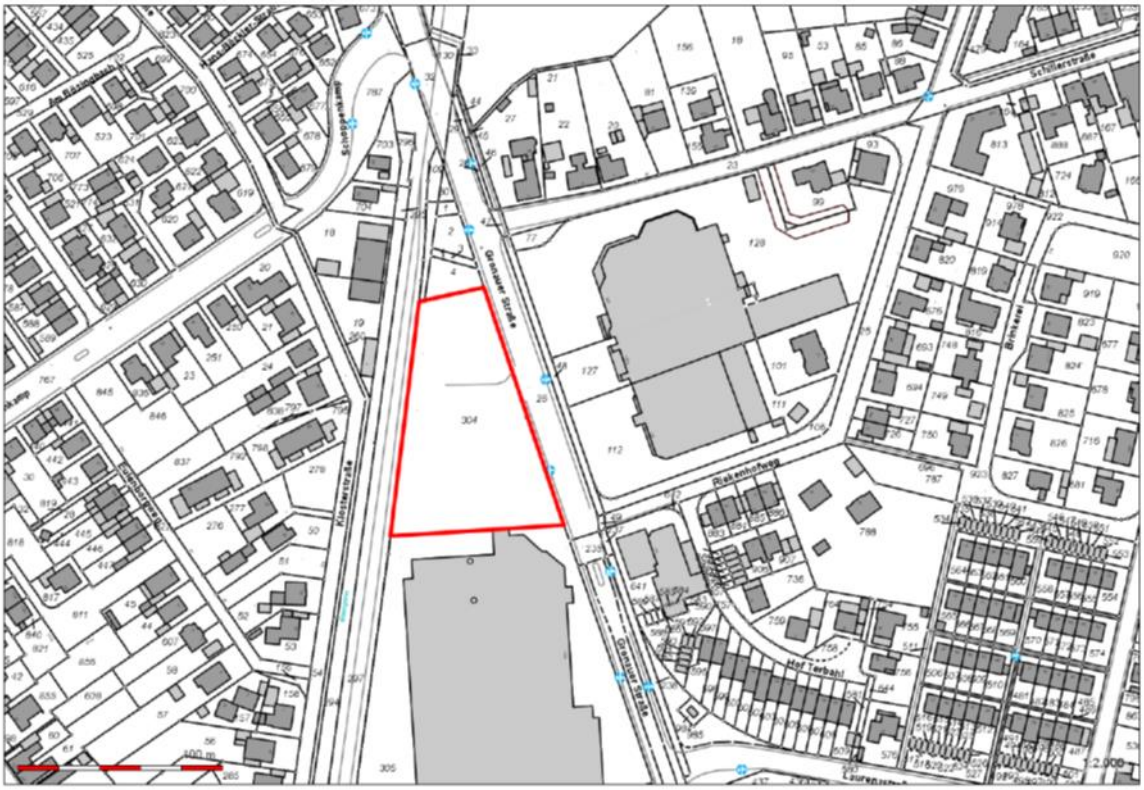
118. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Gronau für den Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Neubau eines Lebensmittelmarktes an der Gronauer Straße“, Stadtteil Epe

Ortsübliche Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde (Bezirksregierung Münster)

Die höhere Verwaltungsbehörde (Bezirksregierung Münster) hat mit Verfügung vom 20.10.2026, Az.: 35.02.01.100-005/2026.0003, die vom Rat der Stadt Gronau in seiner Sitzung vom 16.09.2026 beschlossene 118. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Gronau (Westf.) genehmigt.

Geltungsbereich

Das Plangebiet der 118. Änderung des Flächennutzungsplans liegt westlich der Gronauer Straße und östlich der Bahnlinie Dortmund-Enschede und umfasst das Flurstück 304 (tlw.) der Flur 53 der Gemarkung Epe.
Der Umgriff der 118. Änderung des Flächennutzungsplans ist im Lageplan durch rote Umrandung gekennzeichnet.



Übersichtsplan zur 118. Änderung des FNP (ohne Maßstab)

Die Erteilung der Genehmigung wird hiermit gemäß

- dem Baugesetzbuch (BauGB), in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23. Juli 2026 (BGBl. 2026 I S. 226)

- § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.07.2025 (GV. NRW. S. 618)
- § 22 der Hauptsatzung der Stadt Gronau (Westf) vom 28.12.2010 i.d.F. vom 10.11.2025

ortsüblich durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Gronau bekannt gemacht.

Bezirksregierung Münster

Gem. § 6 des Baugesetzbuchs genehmige ich die vom Rat der Stadt Gronau am 16.09.2026 beschlossene 118. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Gronau.

Münster, 20.10.2026
Az.: 35.02.01.100-005/2026.0003
Bezirksregierung Münster
Im Auftrag (Siegel)
gez. Sophia Gorschlüter

Mit dieser ortsüblichen, Bekanntmachung wird die 118. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Gronau (Westf.) gemäß § 6 Abs. 5 wirksam.

Die 118. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Gronau (Westf.) einschließlich der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 BauGB, kann ab sofort bei der Stadtverwaltung Gronau, Fachdienst Stadtplanung, in der Nebenstelle Planen, Bauen und Umwelt, Grünstiege 64, 48599 Gronau, während der Dienststunden

montags – donnerstags	8.00 – 16.00 Uhr
freitags	8.00 – 12.30 Uhr

von jedermann eingesehen werden. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt. Die wirksame Änderung des Flächennutzungsplans mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung wird zudem in das Internet eingestellt (www. gronau.de) und wird über ein zentrales Internetportal des Landes (www.bauleitplanung.nrw.de) zugänglich gemacht.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Eintritts der Genehmigungsfiktion dieser Flächennutzungsplanänderung schriftlich gegenüber der Stadt Gronau (Westf.) unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 beachtlich sind.

Außerdem wird gem. § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land NW beim Zustandekommen dieser Flächennutzungsplanänderung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Verkündigung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) die Satzung oder die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und damit die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

48599 Gronau, 23. Oktober 2026

Der Bürgermeister

gez.
Jörg von Borczyskowski

Öffentliche Bekanntmachung

gemäß dem Baugesetzbuch (BauGB), in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23. Juli 2026 (BGBl. 2026 I S. 226)

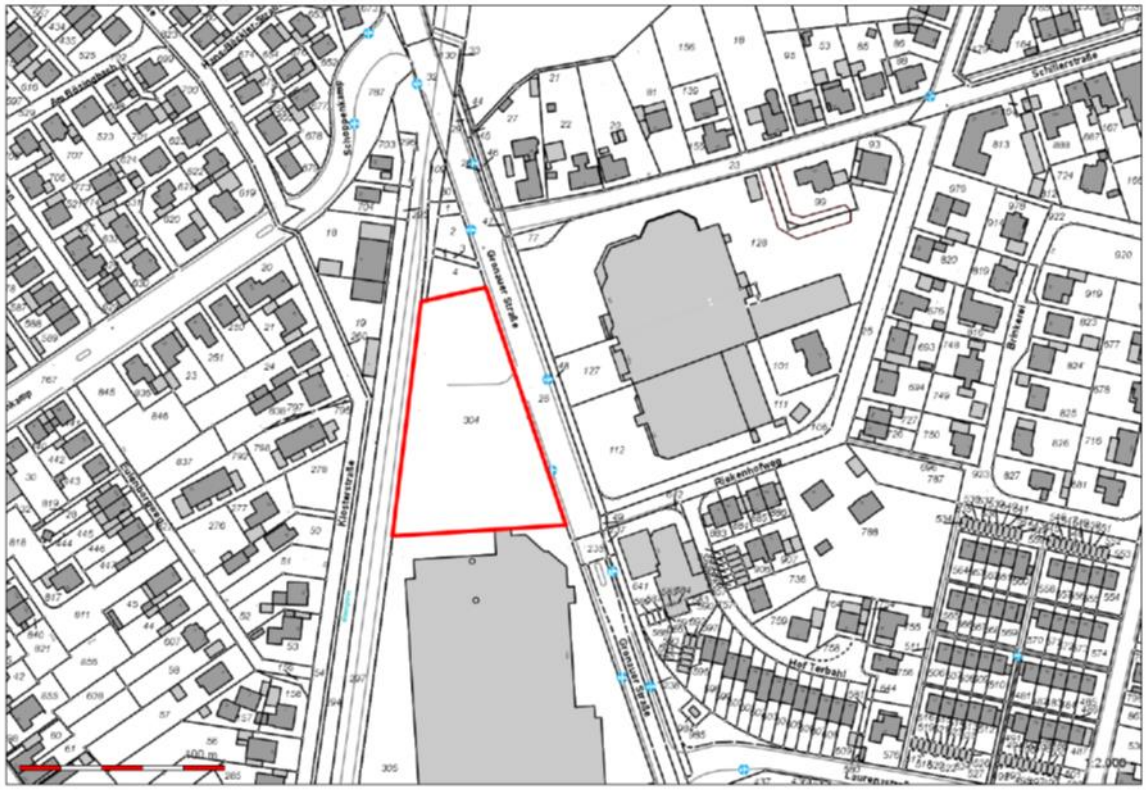
Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Neubau eines Lebensmittelmarktes an der Gronauer Straße“, Stadtteil Epe

Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gemäß § 10 BauGB

Der Rat der Stadt Gronau (Westf.) hat in seiner Sitzung am 16.09.2026 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Neubau eines Lebensmittelmarktes an der Gronauer Straße“, Stadtteil Epe, gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplans liegt westlich der Gronauer Straße und östlich der Bahnlinie Dortmund-Enschede und umfasst das Flurstück 304 (tlw.) der Flur 53 der Gemarkung Epe.
Der Umgriff des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist im Lageplan durch rote Umrandung gekennzeichnet.

Der vorstehend beschriebene Geltungsbereich ist aus der Planzeichnung ersichtlich.



(Umgriff des vorhabenbezogenen Bebauungsplans/ohne Maßstab)

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Neubau eines Lebensmittelmarktes an der Gronauer Straße“, Stadtteil Epe, tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft und kann mit der dazugehörigen Begründung, dem Umweltbericht und der zusammenfassenden Erklärung ab sofort während der Dienststunden

montags – donnerstags	8.00 – 16.00 Uhr
freitags	8.00 – 12.30 Uhr

bei der Stadtverwaltung Gronau, Nebenstelle Planen, Bauen und Umwelt, Fachdienst Stadtplanung, Grünstiege 64, 48599 Gronau, und auf der Homepage der Stadt Gronau www.gronau.de unter dem Pfad: → *Leben in Gronau* → *Stadtplanung und Stadtentwicklung* → *Bauleitplanung* → *rechtskräftige Bebauungspläne* von jedermann eingesehen werden.

Über den Inhalt des Bebauungsplanes wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Hinweise:

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Gronau unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie des Absatzes 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Außerdem wird gem. § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land NW beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündigung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
b) die Satzung oder die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Gronau (Westf.), 23. Oktober 2026
Der Bürgermeister

gez.
Jörg von Borczyskowski

Öffentliche Bekanntmachung
2. Änderungssatzung vom 05.11.2026 zur Satzung
für das Jugendamt der Stadt Gronau (Westf.)
vom 01.09.2025

Aufgrund von § 7 Absatz 3 i.V.m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. 666/SGV. NRW. 2023), in der zurzeit geltenden Fassung, der §§ 69 ff Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII), Kinder und Jugendhilfe, in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBl. I S. 2022), in der zurzeit geltenden Fassung, des § 3 Abs. 2 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG-KJHG) vom 12.12.1990 (GV. NRW. S. 664), in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Gronau (Westf.) in seiner Sitzung am 14.10.2026 folgende Änderung zur Satzung für das Jugendamt der Stadt Gronau (Westf.) beschlossen:

Artikel I

§ 4 (3) Buchstabe l) wird wie folgt textlich geändert:

l) je eine Vertretung der AG 78 Erzieherische Hilfen/Familienhilfen
und der AG 78 Kindertagesbetreuung

Artikel II

Die Änderung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gem. § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Gronau vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Stadt Gronau (Westf.), 05.11.2026

Der Bürgermeister

gez. von Borczyskowski

Öffentliche Bekanntmachung
7. Änderungssatzung vom 05.11.2026 zur Satzung der Stadt Gronau (Westf.) über die Heranziehung zu den Kosten der Tagespflege (Tagespflegebeitragssatzung) vom 02.07.2008

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 5.Juli 2024 (GV. NRW. S. 444), in Kraft getreten am 31.Juli 2024, des § 6 Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen (KAG NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.10.1969 (GV.NRW S. 172), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.März 2024 (GV.NRW. S. 155), in Kraft getreten mit Wirkung vom 01.Januar 2024, des § 90 Abs. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII), in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBI. I S.2022), zuletzt geändert durch Artikel 1 G.v. 03.06.2021 (BGBI I S. 1444), in Kraft getreten mit Wirkung vom 10.06.2021, Kinder und Jugendhilfe und des § 51 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.August 2020 (GC.NRW.2019 S. 894) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV.NRW.S.509), in Kraft getreten am 01. August 2022 hat der Rat der Stadt Gronau in seiner Sitzung am 14.10.2026 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

§ 3 Abs. 1 Satz 4 wird wie folgt textlich geändert

Die Beitragspflicht bleibt von kurzzeitigen Unterbrechungen der Kindertagespflege (z.B. während des Urlaubs) unberührt. Grundlage für die Bewilligung ist der Betreuungsvertrag, der zwischen den Beitragspflichtigen gemäß § 2 und der Kindertagespflegeperson abgeschlossen wurde.

§ 4 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt textlich geändert

Die Beitragspflichtigen haben entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit monatlich einen Elternbeitrag zu den Kindertagespflegekosten zu entrichten.

§ 4 Abs. 2 wird wie folgt textlich geändert

Die Höhe der Elternbeiträge in den Einkommensgruppen, Altersklassen und Buchungszeiten ergeben sich aus der Anlage zu dieser Satzung. Die Elternbeiträge werden ab dem Kindergartenjahr 2027/28 jährlich um die von der obersten Landesjugendbehörde veröffentlichte Fortschreibungsrate gemäß § 37 Absatz 2 Kinderbildungsgesetz angepasst. Liegt diese Fortschreibungsrate zwischen minus 2 vom Hundert und plus 2 vom Hundert (Bagatellspanne), wird die Anwendung bis zur nächsten turnusgemäßen Anpassung ausgesetzt, bis die kumulierten Fortschreibungsraten zu einer Anpassung führen, die die Bagatellspanne unter- oder überschreitet. Nach Anwendung der jährlichen bzw. kumulierten Fortschreibungsraten werden die Elternbeiträge bei Nachkommastellen unter 0,5 ab- und ab 0,5 aufgerundet.

§ 4 Abs. 3 wird wie folgt textlich geändert

Die Einkommensgruppen werden in einem Turnus von drei Jahren, beginnend ab dem Kindergartenjahr 2028/29, entsprechend der von der obersten Landesjugendbehörde veröffentlichten Fortschreibungsraten gemäß § 37 Absatz 2 Kinderbildungsgesetz für das betreffende Kindergartenjahr und die beiden Vorjahre angepasst. Erfolgt zu dem Anpassungszeitpunkt aufgrund von Absatz 2 keine Anpassung der Elternbeiträge, werden die Anpassung der Einkommensgruppen bis zum nächsten Anpassungszeitpunkt der Elternbeiträge ausgesetzt und die Fortschreibungsraten entsprechend kumuliert. Nach

Anwendung der kumulierten Fortschreibungsraten werden die Einkommensgruppen auf volle Tausend Euro bei einem Teilbetrag von unter 500,00 Euro ab- und ab 500,00 Euro aufgerundet. Die jeweils fortgeschriebene Beitragstabelle wird im Amtsblatt veröffentlicht. Der Turnus von drei Jahren beginnt ab dem Anpassungszeitpunkt neu.

§ 4 Abs. 6 wird neu eingefügt

Die Kindertagespflegeperson bzw. der Träger der Kindertagespflegestelle kann ein angemessenes Entgelt für Mahlzeiten verlangen.

§ 5 Abs. 1 folgender Satz wird ergänzt

Die nach § 2 Absatz 5a Einkommensteuergesetz steuerlich anerkannten Kinderbetreuungskosten sind von dem nach diesem Absatz ermittelten Einkommen abzuziehen.

§ 5 Abs. 4 und 5 werden gestrichen

§ 6 Die Überschrift wird wie folgt textlich angepasst

Beitragsermäßigung und –befreiung

§ 6 Abs. 1 wird wie folgt textlich geändert

Sofern für mehrere Kinder einer Familie oder von Personen, die nach § 2 an die Stelle der Eltern treten, gleichzeitig Kindertagespflege gewährt wird, diese Kinder gleichzeitig eine Kindertageseinrichtung oder eine offene Ganztagsschule besuchen, wird nur ein Beitrag erhoben.
Bei unterschiedlichen Eltern-Kind-Konstellationen der zur Familie gehörenden Kinder (z.B. eines der Kinder hat einen anderen Vater, der nicht in der Familie wohnt und dessen Einkommen nicht in die Berechnung einfließt), wird der nach dem jeweils zu berücksichtigenden Einkommen höchste zu zahlende Beitrag gefordert.

§ 6 Abs. 2 wird um folgenden Satz ergänzt

Besucht ein Kind eine heilpädagogische Gruppe in einer Einrichtung und ist somit beitragsfrei, entfällt auf Antrag der Beitrag für das Geschwisterkind mit dem Zeitpunkt, an dem das Kind gemäß § 50 Absatz 1 KiBiz auch in einer Regeleinrichtung beitragsfrei wäre.

§ 6 Abs. 3 neu eingefügt

Im Fall des § 2 Absatz 2 (Pflegeeltern) und § 2 Absatz 3 ist kein Elternbeitrag zu zahlen.

§ 6 Abs. 3 wird zu Abs. 4 und wie folgt textlich geändert

Auf Antrag werden die Elternbeiträge vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ganz oder teilweise erlassen, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist. Nicht zuzumuten sind Kostenbeiträge immer dann, wenn Eltern oder Kinder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Leistungen nach dem dritten und vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) oder Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) beziehen oder wenn die Eltern des Kindes Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) oder Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) erhalten (§ 90 Absatz 4 SGB VIII).

§ 11 wird wie folgt textlich geändert

Diese Satzung mit Anlage 1 tritt am 01.08.2008 in Kraft.

Artikel II

Die Änderungen inkl. Anlage 1 treten zum 01.08.2027 in Kraft.

Anlage 1 zur Tagespflegebeitragssatzung in der Fassung **vor der Fortschreibung** ab dem Kindergartenjahr 2027/28

Satzung über die Elternbeiträge in Kindertagespflege

(Tagespflegebeitragssatzung vom 02.07.2008 in der Fassung der Änderung vom 05.11.2026)

Tabelle über die Höhe der Elternbeiträge
in der Fassung **vor der Fortschreibung** gemäß § 4 Abs. 2 der Elternbeitragssatzung ab dem Kindergartenjahr 2027/28

Elternbeiträge für die Betreuung in Kindertagespflege nach dem KiBiz werden nach folgender Staffelung erhoben

		Elternbeiträge für Kinder unter 3 Jahren (in €)						**Elternbeiträge für Kinder über 3 Jahren (in €)**					
		Buchungszeit						**Buchungszeit**					
Einkommensstufen	**Einkommensgruppen (in €)**	**bis 15 Std.**	**über 15 bis 25 Std.**	**über 25 bis 30 Std.**	**über 30 bis 35 Std.**	**über 35 bis 40 Std.**	**über 40 Std.**	**bis 15 Std.**	**über 15 bis 25 Std.**	**über 25 bis 30 Std.**	**über 30 bis 35 Std.**	**über 35 bis 40 Std.**	**über 40 Std.**
1	**bis zu 37.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2	**über 37.000,00 bis zu 46.000,00**	**61,00**	**103,00**	**109,00**	**120,00**	**134,00**	**154,00**	**25,00**	**42,00**	**44,00**	**48,00**	**62,00**	**78,00**
3	**über 46.000,00 bis zu 61.000,00**	**91,00**	**152,00**	**161,00**	**177,00**	**199,00**	**229,00**	**42,00**	**69,00**	**73,00**	**80,00**	**101,00**	**126,00**
4	**über 61.000,00 bis zu 76.000,00**	**120,00**	**201,00**	**214,00**	**235,00**	**264,00**	**303,00**	**65,00**	**108,00**	**115,00**	**126,00**	**157,00**	**195,00**
5	**über 76.000,00 bis zu 91.000,00**	**137,00**	**229,00**	**242,00**	**266,00**	**298,00**	**342,00**	**85,00**	**142,00**	**151,00**	**165,00**	**207,00**	**257,00**
6	**über 91.000,00 bis zu 106.000,00**	**155,00**	**258,00**	**274,00**	**301,00**	**337,00**	**387,00**	**113,00**	**187,00**	**198,00**	**218,00**	**272,00**	**338,00**
7	**über 106.000,00 bis zu 120.000,00**	**183,00**	**296,00**	**316,00**	**348,00**	**390,00**	**448,00**	**141,00**	**226,00**	**240,00**	**264,00**	**330,00**	**410,00**
8	**über 120.000,00**	**218,00**	**342,00**	**366,00**	**405,00**	**456,00**	**526,00**	**169,00**	**266,00**	**282,00**	**309,00**	**388,00**	**482,00**

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gem. § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Gronau vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Stadt Gronau (Westf.), 05.11.2026

Der Bürgermeister

gez. von Borczyskowski

Öffentliche Bekanntmachung
8. Änderungssatzung vom 05.11.2026 zur Satzung der Stadt Gronau (Westf.) über die Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen (Elternbeitragssatzung) vom 15.01.2008

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 5.Juli 2024 (GV. NRW. S. 444), in Kraft getreten am 31.Juli 2024, des § 6 Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen (KAG NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.10.1969 (GV.NRW S. 172), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.März 2024 (GV.NRW. S. 155), in Kraft getreten mit Wirkung vom 01.Januar 2024, des § 90 Abs. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII), in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBI. I S.2022), zuletzt geändert durch Artikel 1 G.v. 03.06.2021 (BGBI I S. 1444), in Kraft getreten mit Wirkung vom 10.06.2021, Kinder und Jugendhilfe und des § 51 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.August 2020 (GC.NRW.2019 S. 894) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV.NRW.S.509), in Kraft getreten am 01. August 2022 hat der Rat der Stadt Gronau in seiner Sitzung am 14.10.2026 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

§ 2 Abs 3 wird neu eingefügt:

Personensorgeberechtigte und Erziehungsberechtigte, die nicht unter Absatz 1 fallen, sowie jede sonstige Person über 18 Jahre, die aufgrund einer Vereinbarung mit dem Personensorgeberechtigten nicht nur vorübergehend und nicht nur für einzelne Verrichtungen Aufgaben der Personensorge wahrnehmen und für das Kind die Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung beantragt und einen Betreuungsvertrag abgeschlossen haben, treten an die Stelle der Eltern.

§ 2 Abs. 3 wird zu Abs. 4:

Beitragsschuldner sind die Personen im Sinne von Absatz 1 bis 3. Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 3 Abs. 1 folgende Satz wird gestrichen

Die Beiträge werden als volle Monatsbeiträge erhoben.

§ 3 Abs. 2 wird wie folgt textlich geändert

Die Beitragspflicht erstreckt sich auf jeden Kalendermonat, in dem der Betreuungsvertrag mit dem Träger der Kindertageseinrichtung zumindest zeitweise besteht. Sie beginnt mit dem Ersten desjenigen Monats, in dem die Gültigkeit des Betreuungsvertrages beginnt und endet mit Ablauf desjenigen Monats, in dem die Gültigkeit des Betreuungsvertrages endet.

§ 3 Abs. 3 wird gestrichen

§ 3 Abs. 4 wird zum Abs. 3 und wie folgt textlich geändert

Wird der Betreuungsvertrag mit dem Träger der Kindertageseinrichtung innerhalb der letzten drei Monate eines Kindergartenjahres beendet, so endet die Beitragspflicht abweichend von

Absatz 2 erst mit dem Ende dieses Kindergartenjahres. In Härtefällen kann die Stadt Gronau ganz oder teilweise auf diese Verlängerung der Beitragspflicht verzichten.

§ 4 Abs. 1, Satz 2 wird wie folgt textlich geändert

Die Höhe der Elternbeiträge für Betreuungsangebote gemäß § 1 richtet sich nach dem Alter des Kindes und der Betreuungszeit.

§ 4 Abs. 2 wird wie folgt textlich geändert

Die Höhe der Elternbeiträge in den Einkommensgruppen, Altersklassen und Buchungszeiten ergeben sich aus der Anlage zu dieser Satzung. Die Elternbeiträge werden ab dem Kindergartenjahr 2027/28 jährlich um die von der obersten Landesjugendbehörde veröffentlichte Fortschreibungsrate gemäß § 37 Absatz 2 Kinderbildungsgesetz angepasst. Liegt diese Fortschreibungsrate zwischen minus 2 vom Hundert und plus 2 vom Hundert (Bagatellspanne), wird die Anwendung bis zur nächsten turnusgemäßen Anpassung ausgesetzt, bis die kumulierten Fortschreibungsraten zu einer Anpassung führen, die die Bagatellspanne unter- oder überschreitet. Nach Anwendung der jährlichen bzw. kumulierten Fortschreibungsraten werden die Elternbeiträge bei Nachkommastellen unter 0,5 ab- und ab 0,5 aufgerundet.

§ 4 Abs. 3 wird wie folgt textlich geändert

Die Einkommensgruppen werden in einem Turnus von drei Jahren, beginnend ab dem Kindergartenjahr 2028/29, entsprechend der von der obersten Landesjugendbehörde veröffentlichten Fortschreibungsraten gemäß § 37 Absatz 2 Kinderbildungsgesetz für das betreffende Kindergartenjahr und die beiden Vorjahre angepasst. Erfolgt zu dem Anpassungszeitpunkt aufgrund von Absatz 2 keine Anpassung der Elternbeiträge, werden die Anpassung der Einkommensgruppen bis zum nächsten Anpassungszeitpunkt der Elternbeiträge ausgesetzt und die Fortschreibungsraten entsprechend kumuliert. Nach Anwendung der kumulierten Fortschreibungsraten werden die Einkommensgruppen auf volle Tausend Euro bei einem Teilbetrag von unter 500,00 Euro ab- und ab 500,00 Euro aufgerundet. Die jeweils fortgeschriebene Beitragstabelle wird im Amtsblatt veröffentlicht. Der Turnus von 3 Jahren beginnt ab dem Anpassungszeitpunkt neu.

§ 4 Abs. 4 wird wie folgt textlich geändert

Der Träger kann ein angemessenes Entgelt für Mahlzeiten verlangen.

§ 5 Die Überschrift wird wie folgt geändert

Einkommensermittlung und Beitragsfestsetzung

§ 6 Die Überschrift wird wie folgt geändert

Beitragsermäßigung und –befreiung

§ 6 Abs. 1, Satz 1 wird wie folgt textlich geändert

Sofern mehrere Kinder einer Familie oder von Personen, die nach § 2 an die Stelle der Eltern treten, gleichzeitig eine Kindertageseinrichtung, Kindertagespflege oder eine offene Ganztagsschule besuchen, wird nur ein Beitrag erhoben.

§ 6 Abs. 2 Satz 3 wird ergänzt

Besucht ein Kind eine heilpädagogische Gruppe in einer Einrichtung und ist somit beitragsfrei, entfällt auf Antrag der Beitrag für das Geschwisterkind mit dem Zeitpunkt, an dem das Kind gemäß § 50 Absatz 1 KiBiz auch in einer Regeleinrichtung beitragsfrei wäre.

§ 6 Abs. 3 wird neu eingefügt

Im Fall des § 2 Absatz 2 (Pflegeeltern) und § 2 Absatz 3 ist kein Elternbeitrag zu zahlen.

§ 6 Abs. 3 wird zu Abs. 4 und Abs. 2 wird wie folgt textlich geändert

Nicht zuzumuten sind Kostenbeiträge immer dann, wenn Eltern oder Kinder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Leistungen nach dem dritten und vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) oder Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) beziehen oder wenn die Eltern des Kindes Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) oder Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) erhalten (§ 90 Absatz 4 SGB VIII).

§ 9 wird zu § 7

§ 7 wird zu § 8

§ 8 Abs. 1 wird wie folgt textlich geändert

Für die Festsetzung der Elternbeiträge teilt der Träger der Einrichtung der Stadt Gronau unverzüglich die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, die Betreuungszeit, die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder sowie die entsprechenden Angaben der Beitragspflichtigen gemäß § 2 mit.

§ 8 Abs. 2 wird wie folgt textlich geändert

Die Beitragspflichtigen haben der Stadt Gronau bei der Aufnahme des Kindes und danach auf Verlangen alle Tatsachen, die für die Bemessung des Elternbeitrags maßgeblich sind, schriftlich mitzuteilen und die erforderlichen Nachweise vorzulegen.

§ 8 Abs. 3 wird wie folgt textlich geändert

Die Beitragspflichtigen sind während des gesamten Betreuungszeitraumes verpflichtet, der Stadt Gronau Veränderungen der für die Bemessung des Elternbeitrags maßgeblichen Tatsachen unverzüglich mitzuteilen und die erforderlichen Nachweise vorzulegen.

§ 8 Abs. 4 wird eingefügt

Ohne ausreichende Angaben zu den für die Bemessung des Elternbeitrags notwendigen Tatsachen oder ohne Vorlage der geforderten Nachweise ist der höchste Elternbeitrag

entsprechend der jeweiligen vertraglich vereinbarten Betreuungszeit und des Alters des Kindes im festzusetzenden Beitragszeitraum zu leisten.
Das Recht der Stadt Gronau, eigene Ermittlungen anzustellen, bleibt unberührt

§ 10 wird zu § 9

§ 11 wird zu § 10

§ 12 wird zu § 11 und wird wie folgt textlich geändert

Diese Satzung mit Anlage 1 tritt am 01.08.2008 in Kraft.

Artikel II

Die Änderungen inkl. Anlage 1 treten zum 01.08.2027 in Kraft.

Anlage 1 zur Elternbeitragssatzung in der Fassung **vor der Fortschreibung** ab dem Kindergartenjahr 2027/28

Satzung über die Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen

(Elternbeitragssatzung vom 15.01.2008 in der Fassung der Änderung vom 05.11.2026)

Tabelle über die Höhe der Elternbeiträge
in der Fassung **vor der Fortschreibung** gemäß § 4 Abs. 2 der Elternbeitragssatzung ab dem Kindergartenjahr 2027/28

Elternbeiträge für den Besuch einer Kindertageseinrichtung nach dem KiBiz werden nach folgender Staffelung erhoben

		Elternbeiträge für Kinder unter 3 Jahren (in €)					**Elternbeiträge für Kinder über 3 Jahren (in €)**				
		Buchungszeit					**Buchungszeit**				
Einkommens-stufen	**Einkommens-gruppen (in €)**	**bis 25 Std.**	**über 25 bis 30 Std.**	**über 30 bis 35 Std.**	**über 35 bis 40 Std.**	**über 40 bis 45 Std.**	**bis 25 Std.**	**über 25 bis 30 Std.**	**über 30 bis 35 Std.**	**über 35 bis 40 Std.**	**über 40 bis 45 Std.**
1	**bis zu 37.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2	**über 37.000,00 bis zu 46.000,00**	**103,00**	**109,00**	**120,00**	**134,00**	**154,00**	**42,00**	**44,00**	**48,00**	**62,00**	**78,00**
3	**über 46.000,00 bis zu 61.000,00**	**152,00**	**161,00**	**177,00**	**199,00**	**229,00**	**69,00**	**73,00**	**80,00**	**101,00**	**126,00**
4	**über 61.000,00 bis zu 76.000,00**	**201,00**	**214,00**	**235,00**	**264,00**	**303,00**	**108,00**	**115,00**	**126,00**	**157,00**	**195,00**
5	**über 76.000,00 bis zu 91.000,00**	**229,00**	**242,00**	**266,00**	**298,00**	**342,00**	**142,00**	**151,00**	**165,00**	**207,00**	**257,00**
6	**über 91.000,00 bis zu 106.000,00**	**258,00**	**274,00**	**301,00**	**337,00**	**387,00**	**187,00**	**198,00**	**218,00**	**272,00**	**338,00**
7	**über 106.000,00 bis zu 120.000,00**	**296,00**	**316,00**	**348,00**	**390,00**	**448,00**	**226,00**	**240,00**	**264,00**	**330,00**	**410,00**
8	**über 120.000,00**	**342,00**	**366,00**	**405,00**	**456,00**	**526,00**	**266,00**	**282,00**	**309,00**	**388,00**	**482,00**

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gem. § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Gronau vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Stadt Gronau (Westf.), 05.11.2026

Der Bürgermeister

gez. von Borczyskowski

Benachrichtigung über öffentliche Zustellung

Herrn Stefani, Flippos, geb. am 13.12.1974, zuletzt wohnhaft in 48607 Ochtrup, Bahnhofstraße 49, ist ein Bescheid vom 04.11.2026, Aktenzeichen 02.06971.5, zuzustellen.

Eine Zustellung an die zuletzt bekannte Adresse ist nicht möglich. Deshalb wird der Bescheid öffentlich zugestellt.

Der Bescheid kann auf meiner Dienststelle in Gronau, Bahnhofstraße 26, von dem Betroffenen in Empfang genommen werden. Er gilt als zugestellt, wenn seit dem Tag dieser Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

Anschrift
Stadt Gronau (Westf.)
Der Bürgermeister
Fachdienst 200
Finanzmanagement/Steuerwesen
Bahnhofstraße 26
48599 Gronau

Rechtsgrundlage:
§ 10 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 07. März 2006 (GV NRW S. 94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sofern der Bescheid eine Ladung zu einem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

48599 Gronau, 06.11.2026

gez. Jörg von Borczyskowski
Bürgermeister

Benachrichtigung über öffentliche Zustellung

Herrn Hannappel, Sascha, geb. am 11.12.1986, zuletzt wohnhaft in 48599 Gronau (Westf.), Neustraße 30, sind Bescheide vom 14.10.2026 und vom 26.10.2026, Aktenzeichen 02.07074.6 zuzustellen.

Eine Zustellung an die zuletzt bekannte Adresse ist nicht möglich. Deshalb werden die Bescheide öffentlich zugestellt.

Die Bescheide können auf meiner Dienststelle in Gronau, Bahnhofstraße 26, von dem Betroffenen in Empfang genommen werden. Sie gelten als zugestellt, wenn seit dem Tag dieser Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

Anschrift
Stadt Gronau (Westf.)
Der Bürgermeister
Fachdienst 200
Finanzmanagement/Steuerwesen
Bahnhofstraße 26
48599 Gronau

Rechtsgrundlage:
§ 10 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 07. März 2006 (GV NRW S. 94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sofern der Bescheid eine Ladung zu einem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

48599 Gronau, 06.11.2026

gez. Jörg von Borczyskowski
Bürgermeister

Benachrichtigung über öffentliche Zustellung

Herrn El Haddouchi, Ali, geb. am 25.02.1985, zuletzt wohnhaft in den Niederlanden, 6707 AA Wageningen, Stadsbrink 1/426, ist ein Bescheid vom 14.10.2026, Aktenzeichen 02.07663.7, zuzustellen.

Eine Zustellung an die zuletzt bekannte Adresse ist nicht möglich. Deshalb wird der Bescheid öffentlich zugestellt.

Der Bescheid kann auf meiner Dienststelle in Gronau, Bahnhofstraße 26, von dem Betroffenen in Empfang genommen werden. Er gilt als zugestellt, wenn seit dem Tag dieser Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

Anschrift
Stadt Gronau (Westf.)
Der Bürgermeister
Fachdienst 200
Finanzmanagement/Steuerwesen
Bahnhofstraße 26
48599 Gronau

Rechtsgrundlage:
§ 10 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 07. März 2006 (GV NRW S. 94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sofern der Bescheid eine Ladung zu einem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

48599 Gronau, 06.11.2026

gez. Jörg von Borczyskowski
Bürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung
Fundsachen Online – Versteigerung ab dem 18.12.2026

Die Stadt Gronau versteigert online Fundsachen, deren Eigentümer nicht ermittelt werden konnten. Dies erfolgt über die Homepage www.fundbürodeutschland.de. Die nächste Versteigerung startet am 18.12.2026 und läuft über 10 Tage.

Interessierte können sich ab dem 20.11.2026 in einer Vorschau über die oben genannte Homepage einen Überblick über die zu versteigernden Fundsachen verschaffen.

Eigentumsrechte sind bis zum Beginn der Versteigerung bei der Stadt Gronau (Westf.), Rathaus-Service, Neustraße 31, 48599 Gronau, anzumelden.

Stadt Gronau (Westf.), 10.11.2026

Der Bürgermeister

gez. Jörg von Borczyskowski

Öffentliche Bekanntmachung
der Tagesordnung zur 13. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Rates der Stadt Gronau (Westf.) am Mittwoch, 18.11.2026, 18:00 Uhr, Ratssaal, 1. OG, Wirtschaftszentrum Gronau, Fabrikstraße 3, 48599 Gronau

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Beschlussfähigkeit
2. Niederschrift vom 14.10.2026
3. Beschlusskontrolle
4. Grundsatzentscheidung zur Schülerbeförderung
   Hier: Bereitstellung von Mitteln für die Fortführung des Schülerspezialverkehrs Taxi sowie im Bereich der ehemaligen Linien 886/887 und Feststellung der Unaufschiebbarkeit der Maßnahme gem. § 82 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW
5. Anträge der Fraktionen

5.1 Antrag der Fraktion pro:Bürgerschaft vom 12.10.2026:
"Personelle Neuausrichtung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH"

5.2 Antrag der UWG-Fraktion vom 03.11.2026:
"Fristwahrender Grundsatzbeschluss zur Sicherung einer Fördermöglichkeit im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit mit Demir Kapija (Nordmazedonien)"

6. Einbringung des Haushalts 2027
7. Beauftragung eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzepts
8. Wahl einer/eines Technischen Beigeordneten
9. Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Stadt Gronau (Westf.)
   für das Wirtschaftsjahr 2027
   Abwassergebührenkalkulation für das Jahr 2027
   Erlass einer Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Gronau (Westf.)
10. Übernahme einer Bürgschaftsverpflichtung zugunsten der Stadtwerke Gronau GmbH
11. 1. Änderung der Gebührenordnung für die Parkscheinautomaten im Naherholungsbebiet Dreiländersee (Parkgebührenordnung) vom 02.02.2026
12. Änderung der Richtlinien der Stadt Gronau (Westf.) über die Gewährung von freiwilligen, sozialen Zuwendungen
13. Einleitung des Benehmensverfahrens gem. § 55 Abs. 1 Kreisordnung NRW
14. Budgetbericht für das III. Quartal 2026
15. 119. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Erweiterung/Umbau Lebensmittelmarkt Enscheder Straße", Stadtteil Gronau

    Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Erweiterung/Umbau Lebensmittelmarkt Enscheder Straße", Stadtteil Gronau

    Aufstellungsbeschluss
16. 120. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Batteriespeicher Flör I", Stadtteil Epe
    Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Batteriespeicher Flör I", Stadtteil Epe

    Aufstellungsbeschluss

17. 121. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 140 "Baumwollspinnerei Gronau", Stadtteil Gronau
Aufstellungsbeschluss
Bebauungsplan Nr. 140 "Baumwollspinnerei Gronau", Stadtteil Gronau
Aufstellungsbeschluss
Städtebaulicher Vertrag

Aufstellungsbeschluss

18. 122. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich "Tieker Damm", Stadtteil Gronau
Aufstellungsbeschluss
Bebauungsplan Nr. 307 "Tieker Damm", Stadtteil Gronau
Aufstellungsbeschluss

19. Stellenplan 2026 - Einrichtung einer neuen Stelle im Fachdienst 465 – Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

20. Besetzung von Ausschüssen gem. §§ 50, 58 der Gemeindeordnung NRW und anderen Gremien

21. Berichte aus den Gremien stadteigener Gesellschaften

22. Mitteilungen der Verwaltung

23. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

24. Niederschrift vom 14.10.2026

25. Beschlusskontrolle

26. Berichte aus den Gremien stadteigener Gesellschaften

27. Mitteilungen der Verwaltung

28. Anfragen

Stadt Gronau (Westf.), 10.11.2026

gez. Jörg von Borczyskowski

Bürgermeister